

Ungarn 10.000 de gehen in 6 Städten gegen Internetsteuer auf die Straße

In Ungarn haben erneut innerhalb von drei Tagen weitere zehntausende gegen die von der Orban Regierung geplante Internetsteuer demonstriert. In sechs Städten wurden bei den Demonstrationen Smartphones hochgehalten und von einem neuen, jetzt digitalen Eisernen Vorhang gesprochen. Die rechte Orban Regierung will mit der Steuer ihr Haushaltsdefizit **aus ihrer** Pfründewirtschaft schliessen. Angeblich sollen nur die fetten Telekomkonzerne belastet werden. Diese holen es aber von den Endusern wieder rein. In der EU stösst der Plan gleichfalls auf Ablehnung

Erneut Geheimgräber in Mexiko gefunden

Mitglieder der Bürgerwehren haben in der Gemeinde Loma del Zapatero in Iguala im Bundesstaat Guerrero Ende vergangener Woche neun weitere Massengräber gefunden. Dies berichtet [amerika 21](#) Laut Miguel Ángel [Jiménez Blanco](#), einem der Koordinatoren der Suche, handelt es sich um Leichen von Personen, die vor kurzem ermordet und zerstückelt wurden. Angesichts der Untätigkeit der mexikanischen Behörden haben die Bürgerwehren weitgehend die Suche nach den Studenten übernommen. Dabei haben sie bereits mehr als 20 Geheimgräber in Iguala entdeckt. Ob die aufgefundenen Leichen zu den 43 verschwundenen Studenten gehören, ist noch offen.

Unterdessen gab der Gouverneur von Guerrero, Ángel Aguirre bei einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag in Chilpancingo [bekannt](#), dass er auf Forderung seiner Partei hin von seinem Amt zurücktritt.

Zu Beginn dieser Woche entdeckten staatliche Sicherheitskräfte auf einer Mülldeponie in Puente de Río San Juan in der Nähe von Iguala wieder Überreste von Leichen.

Barsani Peschmerga über Türkei unterwegs nach Kobane

Vom Nordirak hat sich eine relativ kleiner Zug von 150 mobilen Peschmerga- Kämpfer auf den Weg durch die Türkei nach Kobane auf gemacht. Die türkische Regierung, die selbst den Abtransport Verwundeter aus Kobane behindert hatte, hatte vergangene Woche nach US Druck erklärt, den Trupp passieren zu lassen.

Ob es mehr als einen inszenierten Medien Hype ahndelt, wird sich aber daran entscheiden, ob die Türkei die vielfältige Unterstützung der ISIL aufgibt und die Bekämpfung der Terrorbande aus den Nato-Stützpunkten erlaubt.

Australien verfügt wegen Ebola Einreisestopp

Die aus NY vorgegebenen hysterischen reaktionen haben jetzt ein Echo in Australien gefunden. Reisende aus Westafrika soll die Einreise verweigert werden. Dies verfügte die Regierung

Lavrov kündigt russische Anerkennung der Sezessionistenregierung in Doneszk und Lugansk nach Wahlen an

Der russische Aussenminister Lavrov hat als wichtigsten Erfolg der Minsker Vereinbarung mit Poroschenko, die Abhaltung der Wahlen in den militärisch durch Russland gegen die ukrainische Armee freigekämpften Regionen um Doneszk und Luhansk, bezeichnet. Russland freue sich auf die Anerkennung der durch Wahlen legitimierten Regierung in diesen Regionen, Russland setzt damit seine ungebrochene territoriale Annexionspolitik wie in Transnistrien oder Georgien bzw. mit der Krim Annexion nach einem sogenannten Referendum ungebrochen fort.

VG Koblenz bereitet Bundespolizei erneute Schlappe beim racialprofiling

Für die Bahnkontrollen nur wegen der Hautfarbe wird es langsam eng. Selbst das VG Koblenz das vor 2 Jahren noch vom OVG in Koblenz berichtigt werden mußte, findet nun keine

Rechtsgrundlage mehr in der gern genutzten für Kontrollen Vorschrift § 22 Abs 1 Bundespolizeigesetz.

Da diese aber nur Kontrollen auf illegale Einreise gestattete, könne die Bundespolizei nicht auf Inlandsstrecken wie Mainz-Köln unter Verweis auf Erfahrungstatsachen und die Hautfarbe der Kontrollierten Kontrollen durchführen. Das 20 Jahre in der BRD lebende, aber aus Westafrika stammende Paar war kontrolliert worden unter Verweis auf die Rechtsnorm des Bundespolizeigesetz. Das sah jetzt da VG anders. Da auf der Strecke nicht zugestiegen werden kann und weil die Bundespolizei nicht belegen konnte, das Köln Mainz eine Schleuseroute ist, blieb nur der äußere Anschein – also die Hautfarbe . Das aber ist illegal. Die schriftliche Begründung auf die mündliche Verhandlung soll in 2 Wochen vorliegen

,

Hilfe zum Lebensunterhalt: 8 % mehr Leistungsempfänger im Jahr 2013

WIESBADEN – Die auch als absolute Armut definierbare Grenze neben Hartz 4 steigt wieder an. Am Jahresende 2013 erhielten in Deutschland rund 370 000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stieg die Zahl der Hilfebezieher im Vergleich zum Vorjahr um 8,1 %.

BGH legt EugH Surfprotokolle des Bundes vor

Im Streitfall zwischen dem Piraten Patrick Breyer und der Bundesrepublik Deutschland um die Erstellung von Surfprotokollen auf Informationsportalen des Bundes (Bundestag und Innenministerium) vor dem Bundesgerichtshof soll jetzt der Europäische Gerichtshof Klärung bringen. Das entschied heute der Bundesgerichtshof in seinem Urteil [1]. Dazu erklärt Patrick Breyer, Themenbeauftragter für Datenschutz der Piratenpartei und Abgeordneter der Piraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag:

»Der Europäische Gerichtshof erhält nun Gelegenheit, sein wegweisendes Urteil zur Unverhältnismäßigkeit einer unterschiedslosen Vorratsspeicherung von Verbindungsdaten weiterzuentwickeln und die flächendeckende Erfassung sogar des Inhalts unserer Internetnutzung ebenfalls als völlig unverhältnismäßiges Mittel europaweit zu verwerfen.«

Unzufrieden ist Breyer mit der Vorlagefrage. Dort behauptet der BGH nämlich: „der BUND halte eine anlasslose und flächendeckende Vorratsspeicherung seiner IP-Adressen sei zur Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit öffentlicher Telemedien erforderlich.“ Dies ist so Breyer angesichts des Verzichtes zahlreicher Ministerien auf diese Surfprotokolle schlicht falsch

HEUTE Solidemo für Flüchtlinge auf Rathaus Platz

Nachdem am Dienstag auch vier Mitglieder einer Romafamilie aus der Hermann-Mitsch Str. in Freiburg mit dem Abschiebeflieger vom Baden Airport nach Belgrad deportiert wurden, ruft das Freiburger Forum gegen Ausgrenzung zu einer Protestkundgebung um 18 Uhr vor dem Rathaus des grünen OB Salomons auf. Salomon hatte die Abschiebep Praxis seines grünen Parteifreundes Kretschmann nicht nur verteidigt sondern sowohl durch die Aussage „ wir können die Romaprobleme des Balkan nicht lösen“ als auch durch den Verzicht auf die nachdrückliche Forderung eines Winterabschiebestopps, ausdrücklich ermuntert.

Die Kundgebung soll um 18 Uhr beginnen. In Osnabrück war durch zivilgesellschaftliches Engagement, die Abschiebung von Asylsuchenden am Dienstag vereitelt worden.